

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2018/205558]

**15. OKTOBER 2018 — Dekret über die individuelle und öffentliche  
elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

**Artikel 1** - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

**Art. 2** - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Behörde:

- a) die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- b) die Einrichtungen öffentlichen Rechts, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen,
- c) die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets,
- d) jede Einrichtung, ungeachtet ihrer Art und Rechtsform, die
  - zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, und
  - Rechtspersönlichkeit besitzt und
  - deren Tätigkeit überwiegend von den unter den Buchstaben a), b) und c) erwähnten Behörden oder Einrichtungen finanziert wird oder hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesen Behörden oder Einrichtungen ernannt worden sind,
- e) die von einer oder mehreren der unter den Buchstaben a), b), c) oder d) erwähnten Behörden gebildeten Vereinigungen;

2. Mitteilung: jede Übermittlung von Informationen einer Behörde oder an eine Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, die insbesondere die Verwendung von Formularen oder von jeglichem sonstigen Dokument sowie die entsprechende Datenverarbeitung und -verbreitung umfasst;

3. Formular: jegliches strukturierte Dokument, das im Rahmen eines Verfahrens benutzt wird und mit Hilfe dessen ein externer Nutzer Anträge bei den Behörden einreicht oder Informationen mit diesen austauscht;

4. Protokollierungsdaten: alle technischen Verbindungs- oder Verkehrsdaten, die auf den Speichermedien der Behörden gesichert werden;

5. elektronische Signatur: die elektronische Signatur gemäß Artikel 3 Nummer 10 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

6. qualifizierte elektronische Signatur: eine qualifizierte elektronische Signatur gemäß Artikel 3 Nummer 12 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

7. qualifiziertes elektronisches Siegel: ein qualifiziertes elektronisches Siegel gemäß Artikel 3 Nummer 27 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

8. qualifizierter elektronischer Zeitstempel: ein qualifizierter elektronischer Zeitstempel gemäß Artikel 3 Nummer 34 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

9. qualifizierter Dienst für die Zustellung elektronischer Einschreiben: ein qualifizierter Dienst für die Zustellung elektronischer Einschreiben gemäß Artikel 3 Nummer 37 der EU-Verordnung Nr. 910/2014;

10. mobile Anwendungen: Anwendungssoftware, die von Behörden oder in deren Auftrag zur Nutzung durch die allgemeine Öffentlichkeit auf mobilen Geräten wie Smartphones oder Tablets konzipiert und entwickelt wurde. Dazu gehört nicht die Software zur Steuerung dieser Geräte (mobile Betriebssysteme) oder die Hardware selbst;

11. Personen mit Unterstützungsbedarf: die in Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erwähnten Personen;

12. Barrierefreiheit: die in Artikel 3 Nummer 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erwähnte Barrierefreiheit;

13. Norm: eine Norm gemäß Artikel 2 Nummer 1 der EU-Verordnung Nr. 1025/2012;

14. europäische Norm: eine europäische Norm gemäß Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe b) der EU-Verordnung Nr. 1025/2012;

15. harmonisierte Norm: eine harmonisierte Norm gemäß Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe c) der EU-Verordnung Nr. 1025/2012;

16. zeitbasierte Medien: folgende Arten von Medien: nur Audio, nur Video, Audio-Video, interaktives Audio- und/oder Videomaterial;

17. Stücke aus Kulturerbesammlungen: Gegenstände in privatem oder öffentlichem Besitz, die von historischem, künstlerischem, archäologischem, ästhetischem, wissenschaftlichem oder technischem Interesse sind und die Teil von Sammlungen sind, die von Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, Archiven und Museen geführt werden;

18. EU-Verordnung Nr. 1025/2012: die Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur europäischen Normung, zur Änderung der Richtlinien 89/686/EWG und 93/15/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG und 2009/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 87/95/EWG des Rates und des Beschlusses Nr. 1673/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates;

19. EU-Verordnung Nr. 910/2014: die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG;

20. EU-Richtlinie: die Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen.

## KAPITEL 2 - INDIVIDUELLE ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION

### Abschnitt 1 - Rechtswirkung elektronischer Mitteilungen

#### Art. 3 - Grundsätze

§ 1 - Die Rechtswirkung einer Mitteilung kann nicht aufgrund der Tatsache angefochten werden, dass sie elektronisch erfolgt.

Absatz 1 ist nur dann anwendbar, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. die in Artikel 3 § 2 Absatz 2 erwähnten Bedingungen bezüglich der für elektronische Mitteilungen anwendbaren Verfahren;
2. die in den Artikeln 4 bis 12 festgelegten Mindestbedingungen;
3. die gegebenenfalls von der Regierung aufgrund von Artikel 13 festgelegten Bedingungen;
4. die aufgrund von Artikel 15 Absatz 2 erlassenen technischen Bedingungen;
5. die Bedingungen über die Zustimmung der betroffenen Behörden und Nutzer gemäß Artikel 16;
6. die gemäß Artikel 17 von der Behörde zu treffenden Maßnahmen.

§ 2 - Jede gesetzliche, dekretele oder verordnungsmäßige Formvorgabe einer Mitteilung gilt als auf elektronischem Weg erfüllt, wenn die zweckentsprechenden Eigenschaften dieser Vorgabe gemäß den im vorliegenden Kapitel festgelegten Mindestbedingungen beibehalten werden.

Die Behörde bestimmt ein oder mehrere für elektronische Mitteilungen anwendbare Verfahren. Diese sind objektiv, transparent, verhältnismäßig und nicht diskriminierend. Dabei werden der Zusammenhang und der Gegenstand der Information, auf die die Formvorgaben anwendbar sind, sowie alle diesbezüglichen Umstände berücksichtigt.

#### Art. 4 - Formulare

Ordnungsgemäß ausgefüllte, von der Behörde für gültig erklärte und übermittelte elektronische Formulare mit ihren eventuellen Anlagen werden den ordnungsgemäß ausgefüllten, unterzeichneten und der betroffenen Behörde übermittelten Papierformularen mit derselben Zweckentsprechung gleichgestellt.

#### Art. 5 - Papierform

Die Vorgabe eines Schriftstücks in Papierform oder auf einem dauerhaften Datenträger wird durch jedes Mittel erfüllt, das einerseits der Behörde oder dem Nutzer gestattet, Informationen derart zu speichern, dass sie bzw. er sie später für eine für die Zwecke der Informationen angemessene Dauer einsehen kann, und das andererseits die unveränderte Wiedergabe der gespeicherten Informationen ermöglicht.

#### Art. 6 - Unterschrift

Die Vorgabe einer oder mehrerer handschriftlicher Unterschriften oder Paraphen, um ein Formular, eine mit ihm verbundene Unterlage oder jede sonstige im Rahmen einer elektronischen Mitteilung erforderliche Unterlage für gültig zu erklären, wird erfüllt:

1. durch die Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur;
2. durch jedes sonstige von der Behörde anerkannte und gebilligte Verfahren, das die Echtheit der Herkunft, das Einverständnis mit dem Inhalt und die Erhaltung der Unversehrtheit der in der Unterlage enthaltenen Informationen gewährleistet.

#### Art. 7 - Siegel und Stempel

Die Vorgabe eines Siegels oder eines Stempels auf einem Schriftstück wird erfüllt:

1. durch die Verwendung eines qualifizierten elektronischen Siegels;
2. durch die Verwendung einer elektronischen Signatur gemäß Artikel 6, die unter der Aufsicht der juristischen Person, die Inhaberin des Siegels ist, oder durch ihren Vertreter angebracht wird.

#### Art. 8 - Einschreiben

Die Vorgabe einer Sendung per Einschreiben wird erfüllt:

1. durch ein elektronisches Einschreiben, das durch einen qualifizierten Dienst für die Zustellung elektronischer Einschreiben zugestellt wird;
2. durch jedes Verfahren für elektronische Einschreiben, das die von der Regierung festgelegten Bedingungen beachtet.

#### Art. 9 - Zeitstempel

Die Vorgabe eines Zeitstempels auf einem Schriftstück wird erfüllt:

1. durch die Verwendung eines qualifizierten elektronischen Zeitstempels;
2. durch jedes sonstige von der Behörde anerkannte und gebilligte Verfahren, das die Richtigkeit des Datums und der Zeit sowie der Unversehrtheit der mit dem Datum und der Zeit verbundenen Daten gewährleistet.

**Art. 10 - Vermerke**

Die Vorgabe handschriftlicher Vermerke wird durch jedes von der Behörde anerkannte und gebilligte Verfahren erfüllt, durch das garantiert wird, dass derjenige, der sich verpflichtet, mit derselben Wirksamkeit auf die Tragweite seiner Verpflichtung aufmerksam gemacht wurde.

Als handschriftliche Vermerke gelten der Vermerk "Gelesen und genehmigt" sowie jeglicher andere handschriftliche Vermerk, durch den die Aufmerksamkeit des Unterzeichners erweckt werden kann.

**Art. 11 - Exemplare**

Die Vorgabe der Sendung von mehreren Exemplaren wird erfüllt, sobald die Unterlagen unter Einhaltung der durch die Behörde vorgesehenen Modalitäten elektronisch übermittelt worden sind, sofern das angewandte Verfahren die Erhaltung der in der Unterlage stehenden Informationen unter Einhaltung der Funktionen der Unversehrtheit und des Fortbestehens erlaubt, wobei jede sendende und empfangende Partei sie einsehen und unverändert wiedergeben kann.

**Art. 12 - Übermittlung**

§ 1 - Sehen gesetzliche, dekretale oder ordnungsmäßige Bestimmungen eine Postsendung an eine bestimmte Anschrift vor, gilt ein Formular auch dann als ordnungsgemäß eingereicht, wenn es unter Einhaltung der in Kapitel 2 festgelegten Bedingungen und sonstigen für jedes elektronische Formular vorgesehenen Übermittlungsmodalitäten elektronisch an die zuständige Behörde übermittelt wurde.

Wenn dem Nutzer eine Registrierungsbestätigung übermittelt werden muss, sind die Bestätigung sowie die im Besitz der Behörden befindlichen Protokollierungsdaten für den technischen Empfang des Formulars und der ihm beigefügten Unterlagen für den Zeitpunkt dieses Empfangs und für den Inhalt der übermittelten Informationen bis auf Gegenbeweis maßgebend.

§ 2 - Vorbehaltlich des Rechts jeder Behörde, wenn nötig und vor der Beschlussfassung die Übermittlung eines Abdrucks der originalen Daten durch den Nutzer zu verlangen, können die Belege, die einem Formular als Anlage beigefügt werden, elektronisch übermittelt werden.

Falls keine von der Behörde anerkannte und gebilligte, als Original geltende elektronische Unterlage übermittelt werden kann, darf der Nutzer eine elektronische Fassung übermitteln, die eine Abschrift der Originalunterlage darstellt. In diesem Fall fügt der Nutzer dieser elektronischen Fassung eine eidesstattliche Erklärung bei, die bescheinigt, dass er im Besitz der Originalunterlage ist, die er der Behörde zur eventuellen Einsichtnahme zur Verfügung hält.

**Art. 13 - Weitere Mindestbedingungen**

Unbeschadet der von der föderalen Behörde festgelegten Vorschriften über elektronische Kommunikation und elektronische Vertrauensdienste, gegebenenfalls zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014, kann die Regierung weitere Mindestbedingungen festlegen, denen eine elektronische Mitteilung genügen muss, um die in Artikel 3 § 2 erwähnte Gleichstellung zu genießen.

*Abschnitt 2 - Elektronischer Schriftverkehr***Art. 14 - Grundsatz**

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher, dekretaler oder ordnungsmäßiger Bestimmungen kann ein Nutzer nicht dazu verpflichtet werden, eine Handlung auf elektronischem Weg zu tätigen bzw. mit einer Behörde elektronisch zu kommunizieren.

**Art. 15 - Mitteilungen an eine Behörde**

Eine elektronische Mitteilung an eine Behörde ist nur dann rechtsgültig, wenn diese Behörde vorab bekannt gemacht hat, dass sie der Verwendung dieses Kommunikationsmittels zustimmt.

Die Behörde kann Einschränkungen und zusätzliche technische Vorgaben für elektronische Mitteilungen festlegen.

**Art. 16 - Schriftverkehr zwischen Nutzer und Behörde**

§ 1 - Die Behörde kann mit einem Nutzer auch dann elektronisch kommunizieren, wenn die anwendbaren gesetzlichen, dekretalen oder ordnungsmäßigen Bestimmungen die Verwendung dieses Kommunikationsmittels nicht ausdrücklich vorsehen.

§ 2 - Die sowohl ein- als auch beidseitige Übermittlung von Mitteilungen zwischen einem Nutzer und einer Behörde, die auf elektronischem Weg stattfindet, ist nur dann rechtsgültig, wenn der Nutzer vorab ausdrücklich der Verwendung dieses Kommunikationsmittels zugestimmt hat.

Die Behörde informiert den Nutzer im Vorfeld ausführlich über eventuelle Verfahrensschritte und über die rechtlichen Folgen seiner Zustimmung.

Der Nutzer kann seine Zustimmung für den künftigen Schriftverkehr jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen.

Stößt der Nutzer auf technische Probleme beim elektronischen Schriftverkehr mit der Behörde, kann er in diesem Fall ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Zustimmung mit dem Verweis auf diese Probleme über jeden anderen zulässigen Weg mit der Behörde kommunizieren

**Art. 17 - Technische Maßnahmen**

Die Behörde trifft unter Berücksichtigung des Inhalts, des Ziels und der Natur der elektronischen Mitteilung alle erforderlichen Maßnahmen, um:

1. die Sicherheit der elektronischen Mitteilungen zu gewährleisten;
2. die Vertraulichkeit, Authentizität und Vollständigkeit der ausgetauschten Daten zu garantieren;
3. den Nachweis des Datenverkehrs zu sichern;
4. die Barrierefreiheit zu gewährleisten.

## KAPITEL 3 — ÖFFENTLICHE ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION

**Art. 18 - Europaklausel**

Das vorliegende Kapitel dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen.

**Art. 19 - Anwendungsbereich**

Vorliegendes Kapitel umfasst die Vorschriften, gemäß denen Websites, unabhängig von dem für den Zugang genutzten Gerät, und mobile Anwendungen von Behörden die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 erfüllen müssen.

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nicht anwendbar auf Websites und mobile Anwendungen von:

1. öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ihren Zweigstellen oder anderen Stellen und deren Zweigstellen, die der Wahrnehmung eines öffentlichen Sendeauftrags dienen;
2. in Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe *d*) erwähnten Einrichtungen, die keine für die Öffentlichkeit wesentlichen Dienstleistungen oder speziell auf die Bedürfnisse von Personen mit Unterstützungsbedarf ausgerichtete oder für diese konzipierte Dienstleistungen, insbesondere die in Artikel 3 Nummer 5 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben genannten, anbieten.

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nicht anwendbar auf die folgenden Inhalte von Websites und mobilen Anwendungen:

1. Dateiformate von Büroanwendungen, die vor dem 23. September 2018 veröffentlicht wurden, es sei denn, diese Inhalte sind für die aktiven Verwaltungsverfahren der von den betreffenden Behörden wahrgenommenen Aufgaben erforderlich;
2. aufgezeichnete zeitbasierte Medien, die vor dem 23. September 2020 veröffentlicht wurden;
3. live übertragene zeitbasierte Medien;
4. Online-Karten und -Kartendienste, sofern bei Karten für Navigationszwecke wesentliche Informationen in einer barrierefrei zugänglichen Weise digital bereitgestellt werden;
5. Inhalte von Dritten, die von der betreffenden Behörde weder finanziert noch entwickelt werden noch deren Kontrolle unterliegen;
6. Reproduktionen von Stücken aus Kulturerbesammlungen, die nicht vollständig barrierefrei zugänglich gemacht werden können aufgrund:
  - a) der Unvereinbarkeit der Barrierefreiheitsanforderungen mit entweder der Erhaltung des betreffenden Gegenstands oder der Authentizität der Reproduktion (z. B. Kontrast) oder
  - b) der Nichtverfügbarkeit automatisierter und kosteneffizienter Lösungen, mit denen Text aus Manuskripten oder anderen Stücken aus Kulturerbesammlungen einfach extrahiert und in mit den Barrierefreiheitsanforderungen kompatible Inhalte umgewandelt werden könnte;
7. Inhalte von Extranets und Intranets, d. h. Websites, die nur für eine geschlossene Gruppe von Personen und nicht für die allgemeine Öffentlichkeit verfügbar sind, die vor dem 23. September 2019 veröffentlicht wurden, bis diese Websites eine grundlegende Überarbeitung erfahren;
8. Inhalte von Websites und mobilen Anwendungen, die als Archive gelten, d. h., die ausschließlich Inhalte enthalten, die weder für aktive Verwaltungsverfahren benötigt werden noch nach dem 23. September 2019 aktualisiert oder überarbeitet wurden.

**Art. 20 - Grundsatz der barrierefreien Zugänglichkeit**

Die Websites und mobilen Anwendungen der Behörden werden im Hinblick auf eine barrierefreie Zugänglichkeit wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust gestaltet.

**Art. 21 - Unverhältnismäßige Belastung**

Die Behörde wendet die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 in einem Ausmaß an, dass diese Anforderungen für die Zwecke des genannten Artikels keine unverhältnismäßige Belastung für sie bewirken.

Um zu bewerten, inwieweit die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen eine unverhältnismäßige Belastung bewirkt, berücksichtigt die Behörde insbesondere folgende Umstände:

1. Größe, Ressourcen und Art der betreffenden Behörde;
2. die geschätzten Kosten und Vorteile für die betreffende Behörde im Verhältnis zu den geschätzten Vorteilen für Personen mit Unterstützungsbedarf, wobei die Nutzungshäufigkeit und die Nutzungsdauer der betreffenden Website bzw. der betreffenden mobilen Anwendung zu berücksichtigen sind.

Die betreffende Behörde nimmt die erste Bewertung vor, inwieweit die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen eine unverhältnismäßige Belastung bewirkt.

Nimmt eine Behörde für eine bestimmte Website oder mobile Anwendung die in vorliegendem Artikel vorgesehene Ausnahme in Anspruch, erläutert sie in der Erklärung gemäß Artikel 23, welche Teile der Barrierefreiheitsanforderungen nicht erfüllt werden konnten, und schlägt gegebenenfalls barrierefrei zugängliche Alternativen vor.

**Art. 22 - Vermutung der Konformität mit Barrierefreiheitsanforderungen**

§ 1 - Bei Inhalten von Websites und mobilen Anwendungen, die aufgrund der EU-Richtlinie verfassten harmonisierten Normen oder Teilen solcher Normen entsprechen, wird davon ausgegangen, dass sie die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 in den von den jeweiligen Normen oder Teilen von Normen abgedeckten Bereichen erfüllen.

§ 2 - Wurden keine Referenzen von harmonisierten Normen gemäß § 1 veröffentlicht, wird bei Inhalten von mobilen Anwendungen, die die aufgrund der EU-Richtlinie verfassten technischen Spezifikationen oder Teile davon erfüllen, deren Referenzen die Europäische Kommission gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, davon ausgegangen, dass sie die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20, die durch diese technischen Spezifikationen oder Teile davon erfasst werden, erfüllen.

§ 3 - Wurden keine Referenzen von harmonisierten Normen gemäß § 1 veröffentlicht, wird bei Inhalten von Websites, die die einschlägigen Anforderungen der europäischen Norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) oder Teile davon erfüllen, davon ausgegangen, dass sie die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20, die von diesen einschlägigen Anforderungen oder Teilen davon erfasst werden, erfüllen.

Wurden keine Referenzen von harmonisierten Normen gemäß § 1 veröffentlicht und liegen keine technischen Spezifikationen gemäß § 2 vor, wird bei Inhalten von mobilen Anwendungen, die die einschlägigen Anforderungen der europäischen Norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) oder Teile davon erfüllen, davon ausgegangen, dass sie die Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20, die von diesen einschlägigen Anforderungen oder Teilen davon erfasst werden, erfüllen.

Wenn die Europäische Kommission gemäß der EU-Richtlinie eine aktualisierte Norm erlässt, ist die Bezugnahme auf die Europäische Norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) als eine Bezugnahme auf die aktualisierte Norm zu lesen.

#### **Art. 23 - Erklärung zur Barrierefreiheit**

Die Behörde stellt eine detaillierte, umfassende und klare Erklärung zur Barrierefreiheit über die Vereinbarkeit ihrer Websites und mobilen Anwendungen mit dem vorliegenden Dekret bereit und aktualisiert diese regelmäßig. Sie reagiert auf Mitteilungen oder Anfragen seitens der Nutzer angemessen und innerhalb einer vernünftigen Frist.

Die Erklärung zur Barrierefreiheit wird:

1. bei Websites in einem zugänglichen Format bereitgestellt und auf der entsprechenden Website veröffentlicht;
2. bei mobilen Anwendungen in einem zugänglichen Format bereitgestellt und auf der Website der Behörde, die die betreffende mobile Anwendung entwickelt hat, oder zusammen mit anderen Informationen beim Herunterladen der Anwendung verfügbar gemacht.

Die Erklärung zur Barrierefreiheit enthält:

1. eine Erläuterung zu den Teilen des Inhalts, die nicht barrierefrei zugänglich sind, und zu den Gründen für diese Unzugänglichkeit sowie gegebenenfalls zu den vorgesehenen barrierefrei zugänglichen Alternativen;
2. eine Beschreibung und eine Verlinkung des Feedback-Mechanismus, mit dem die Nutzer der betreffenden Behörde jegliche Mängel ihrer Website oder mobilen Anwendung bei der Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 mitteilen und die gemäß Artikel 19 Absatz 2 und Artikel 21 ausgenommenen Informationen anfordern können;
3. einen Link zu dem in Artikel 25 erwähnten Durchsetzungsverfahren, das in Ermangelung einer zufriedenstellenden Antwort auf die Mitteilung oder die Anfrage in Anspruch genommen werden kann.

Die Behörde erstellt die Erklärung zur Barrierefreiheit anhand der aufgrund der EU-Richtlinie festgelegten Mustererklärung.

#### **Art. 24 - Überwachung**

Die Regierung überwacht, inwieweit Websites und mobile Anwendungen der Behörden den Barrierefreiheitsanforderungen gemäß Artikel 20 genügen. Sie wendet dabei die gemäß der EU-Richtlinie vorgesehene Überwachungsmethode an.

Die Regierung übermittelt die Überwachungsberichte der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben zur Kenntnisnahme.

#### **Art. 25 - Durchsetzungsverfahren**

Die Behörde richtet ein angemessenes und wirksames Durchsetzungsverfahren ein, um die Einhaltung des vorliegenden Dekrets in Bezug auf die Anforderungen in Artikel 20, 21 und 23 zu gewährleisten.

### KAPITEL 4 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### **Art. 26 - Abänderungsbestimmung**

Kapitel II.1 des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das die Artikel 14.2 bis 14.6 umfasst, eingefügt durch das Dekret vom 25. April 2016, wird aufgehoben.

#### **Art. 27 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 3 des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 14. Februar 2011 und 25. Januar 2016, wird folgender § 2.1 eingefügt:

„ § 2.1 - Im Rahmen des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets prüft der Ombudsmann:

1. Beschwerden gegen erhaltene Mitteilungen oder Anträge im Rahmen des Feedback-Mechanismus gemäß Artikel 23 Absatz 3 Nummer 2 desselben Dekrets;
2. Beschwerden gegen die Bewertung gemäß Artikel 21 desselben Dekrets, inwieweit die Einhaltung der Barrierefreiheitsanforderungen eine unverhältnismäßige Belastung bewirkt.“

#### **Art. 28 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 36 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird wie folgt ersetzt:

„Art. 36 - Verpflichtete elektronische Kommunikation

In Abweichung von Artikel 14 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets und unbeschadet des Artikels 16 § 2 Absatz 4 desselben Dekrets kann die Dienststelle die Dienstleister verpflichten, elektronisch mit ihr zu kommunizieren.“

#### **Art. 29 - Abänderungsbestimmung**

Die Artikel 37 bis 40 desselben Dekrets werden aufgehoben.

#### **Art. 30 - Übergangsbestimmung**

Die Behörden wenden die Bestimmungen des Kapitels 3:

1. auf Websites, die nicht vor dem 23. September 2018 veröffentlicht wurden, ab dem 23. September 2019 an;
2. auf alle Websites, die nicht unter Nummer 1 fallen, ab dem 23. September 2020 an;

3. auf mobile Anwendungen ab dem 23. Juni 2021 an.

**Art. 31 - Inkrafttreten**

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2019 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 18 bis 25, 27 und 30, die am 1. September 2018 in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.  
Eupen, den 15. Oktober 2018

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

Sitzungsperiode 2018-2019

Nummerierte Dokumente: 247 (2017-2018) Nr. 1 Dekretentwurf

247 (2018-2019) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

247 (2018-2019) Nr. 3 Bericht

Ausführlicher Bericht: 15. Oktober 2018 - Nr. 56 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2018/205558]

**15 OCTOBRE 2018. — Décret relatif à la communication électronique, publique ou adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

**Article 1<sup>er</sup>.** Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

**Art. 2.** Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1<sup>o</sup> autorité :

a) la Communauté germanophone;

b) les organismes de droit public qui dépendent de la Communauté germanophone;

c) les communes, les centres publics d'action sociale et autres entités territoriales de la région de langue allemande;

d) tout organisme qui, indépendamment de sa nature et de sa forme juridique,

- a été créé pour satisfaire spécifiquement des besoins d'intérêt général ayant un caractère autre que commercial, et

- est doté de la personnalité juridique, et

- dont l'activité est financée essentiellement par les autorités ou organismes mentionnés aux a), b) et c) ou qui est soumis, en ce qui concerne sa direction, à leur tutelle ou dont l'organe d'administration, de direction ou de tutelle est majoritairement composé de membres désignés par ces autorités ou organismes;

e) les associations créées par une ou plusieurs des autorités mentionnées aux a), b), c) ou d);

2<sup>o</sup> communication : toute transmission d'informations de la part d'une autorité ou adressée à celle-ci dans le cadre de ses compétences et comportant notamment l'utilisation de formulaires ou de tout autre document, ainsi que le traitement et la diffusion de données *ad hoc*;

3<sup>o</sup> formulaire : tout document structuré qui est utilisé dans le cadre d'une procédure et à l'aide duquel un usager externe introduit des demandes auprès des autorités ou échange des informations avec celles-ci;

4<sup>o</sup> données de journalisation : toutes données techniques de connexion ou de trafic qui sont enregistrées par les serveurs des autorités;

5<sup>o</sup> signature électronique : la signature électronique au sens de l'article 3, 10<sup>o</sup>, du règlement UE n<sup>o</sup> 910/2014;

6<sup>o</sup> signature électronique qualifiée : une signature électronique qualifiée au sens de l'article 3, 12<sup>o</sup>, du règlement UE n<sup>o</sup> 910/2014;

7<sup>o</sup> cachet électronique qualifié : un cachet électronique qualifié au sens de l'article 3, 27<sup>o</sup>, du règlement UE n<sup>o</sup> 910/2014;

8<sup>o</sup> horodatage électronique qualifié : un horodatage électronique qualifié au sens de l'article 3, 34<sup>o</sup>, du règlement UE n<sup>o</sup> 910/2014;

9<sup>o</sup> service d'envoi recommandé électronique qualifié : un service d'envoi recommandé électronique qualifié au sens de l'article 3, 37<sup>o</sup>, du règlement UE n<sup>o</sup> 910/2014;

10° applications mobiles : les logiciels d'application conçus et développés par les autorités ou pour leur compte, en vue d'être utilisés par le grand public sur des appareils mobiles, tels que des smartphones ou des tablettes. Ils ne comprennent pas les logiciels qui contrôlent ces appareils (systèmes d'exploitation mobiles), ni le matériel informatique;

11° personnes dépendantes : les personnes mentionnées à l'article 3, 3°, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

12° accessibilité : l'accessibilité mentionnée à l'article 3, 7°, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

13° norme : une norme au sens de l'article 2, 1°, du règlement UE n° 1025/2012;

14° norme européenne : une norme européenne au sens de l'article 2, 1°, b), du règlement UE n° 1025/2012;

15° norme harmonisée : une norme harmonisée conformément à l'article 2, 1°, c), du règlement UE n° 1025/2012;

16° médias temporels : les types de médias suivants : uniquement audio, uniquement vidéo, audio et vidéo, audio et/ou vidéo avec des composants interactifs;

17° pièces de collections patrimoniales : des biens privés ou publics présentant un intérêt historique, artistique, archéologique, esthétique, scientifique ou technique, et faisant partie de collections conservées par des institutions culturelles telles que des bibliothèques, des archives ou des musées;

18° règlement UE n° 1025/2012 : le règlement (UE) n° 1025/2012 du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2012 relatif à la normalisation européenne, modifiant les directives 89/686/CEE et 93/15/CEE du Conseil ainsi que les directives 94/9/CE, 94/25/CE, 95/16/CE, 97/23/CE, 98/34/CE, 2004/22/CE, 2007/23/CE, 2009/23/CE, et 2009/105/CE du Parlement européen et du Conseil et abrogeant la décision 87/95/CEE du Conseil et la décision n° 1673/2006/CE du Parlement européen et du Conseil;

19° règlement UE n° 910/2014 : le règlement (UE) n° 910/2014 du Parlement européen et du Conseil du 23 juillet 2014 sur l'identification électronique et les services de confiance pour les transactions électroniques au sein du marché intérieur et abrogeant la directive 1999/93/CE est d'application;

20° directive européenne : la directive (UE) 2016/2102 du Parlement européen et du Conseil du 26 octobre 2016 relative à l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles des organismes du secteur public.

## CHAPITRE 2. — *Communication électronique adressée aux particuliers*

### *Section 1<sup>re</sup> - Effet juridique des communications électroniques*

#### **Art. 3. Principes**

§ 1<sup>er</sup> - L'effet juridique d'une communication ne peut être contesté au seul motif qu'elle est établie par voie électronique.

L'alinéa 1<sup>er</sup> n'est applicable que si les conditions suivantes sont remplies :

1° les conditions mentionnées à l'article 3, § 2, alinéa 2, relatives aux procédés auxquels recourir en cas de communication électronique;

2° les conditions minimales fixées aux articles 4 à 12;

3° les conditions fixées, le cas échéant, par le Gouvernement en vertu de l'article 13;

4° les conditions techniques édictées en vertu de l'article 15, alinéa 2;

5° les conditions relatives à l'accord des autorités et usagers concernés conformément à l'article 16;

6° les mesures que les autorités doivent prendre conformément à l'article 17.

§ 2 - Toute exigence légale, décrétable ou réglementaire de forme requise à l'occasion d'une communication est réputée satisfaite, par voie électronique, lorsque les qualités fonctionnelles de cette exigence ont été préservées conformément aux conditions minimales fixées dans le présent chapitre.

L'autorité définit un ou plusieurs procédés auxquels recourir en cas de communication électronique; ils sont objectifs, transparents, proportionnés et non discriminatoires. Ce faisant, le contexte et l'objet de l'information à laquelle s'appliquent les exigences de forme, ainsi que toutes les circonstances y ayant trait, sont pris en considération.

#### **Art. 4. Formulaires**

Un formulaire électronique dûment complété, validé par l'autorité et transmis, avec ses éventuelles annexes, est assimilé au formulaire papier ayant le même objectif, dûment complété, signé et transmis à l'autorité concernée.

#### **Art. 5. Forme papier**

L'exigence d'écrits sur support papier ou durable est satisfaite par tout instrument qui, d'une part, permet à l'autorité ou à l'utilisateur de stocker des informations qui lui sont adressées d'une manière permettant de s'y reporter ultérieurement pendant un laps de temps adapté aux fins auxquelles les informations sont destinées et qui, d'autre part, permet la reproduction à l'identique des informations stockées.

#### **Art. 6. Signature**

L'exigence d'une ou plusieurs signatures manuscrites ou de paraphes pour assurer la validation d'un formulaire, d'une pièce qui s'y rattache ou de tout autre document requis dans le cadre d'une communication électronique est remplie :

1° par l'utilisation d'une signature électronique qualifiée;

2° par tout autre procédé reconnu et validé par l'autorité et qui garantit l'authenticité de l'origine, l'adhésion au contenu de l'acte et le maintien de l'intégrité des informations contenues dans le document.

#### **Art. 7. Cachet et sceau**

L'exigence d'un cachet ou d'un sceau sur un document est satisfaite :

1° par l'utilisation d'un cachet électronique qualifié;

2° par l'utilisation d'une signature électronique conformément à l'article 6, apposée soit sous le contrôle de la personne morale titulaire dudit sceau, soit par son représentant.

**Art. 8. Recommandés**

L'exigence d'un envoi par recommandé est satisfaite :

- 1° par un recommandé électronique notifié par un service d'envoi recommandé électronique qualifié;
- 2° par tout procédé de recommandé électronique qui respecte les conditions fixées par le Gouvernement.

**Art. 9. Horodatage**

L'exigence d'un horodatage sur un document est satisfaite :

- 1° par l'utilisation d'un horodatage électronique qualifié;
- 2° par tout procédé reconnu et validé par l'autorité et qui garantit l'exactitude de la date et de l'heure ainsi que l'intégrité des données liées à celles-ci.

**Art. 10. Mentions manuscrites**

L'exigence de mentions manuscrites est satisfaite par tout procédé reconnu et validé par l'autorité garantissant que l'attention de celui qui s'oblige a été attirée avec la même efficacité sur la portée de son engagement.

Valent comme mentions manuscrites la mention « lu et approuvé » ainsi que toute autre mention manuscrite qui permet d'attirer l'attention du signataire.

**Art. 11. Exemplaires**

L'exigence d'envoi en plusieurs exemplaires est satisfaite dès que les documents ont été transmis par voie électronique moyennant le respect des modalités prévues par l'autorité, et pour autant que le procédé utilisé permette la conservation des informations figurant dans le document dans le respect des fonctions d'intégrité et de pérennité, tout en permettant à chacune des parties, destinataire ou expéditrice, d'y avoir accès et de les reproduire à l'identique.

**Art. 12. Transmission**

§ 1<sup>er</sup> - Si des dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoient un envoi postal à une adresse précise, un formulaire est considéré comme dûment introduit lorsqu'il a été transmis par voie électronique à l'autorité compétente dans le respect des conditions fixées au chapitre 2 et des autres modalités de transmission prévues pour tout formulaire électronique.

Lorsqu'un accusé d'enregistrement doit être transmis à l'utilisateur, ledit accusé ainsi que les données de journalisation détenues par les autorités font foi, jusqu'à preuve du contraire, de la réception technique du formulaire et des pièces qui l'accompagnent, ainsi que du moment de la réception et du contenu des données transmises.

§ 2 - Sous réserve du droit de chaque autorité d'exiger, si nécessaire et avant toute prise de décision, la remise par l'utilisateur d'une copie des données originales, les pièces justificatives qui sont annexées à un formulaire électronique peuvent être transmises sous forme électronique.

À défaut de pouvoir transmettre une pièce électronique ayant valeur d'original, reconnue et validée par l'autorité, l'utilisateur est autorisé à remettre une version électronique constituant une copie de la pièce originale. Dans ce cas, l'utilisateur accompagne cette version électronique d'une déclaration sur l'honneur attestant qu'il est en possession de la pièce originale qu'il conserve à disposition de l'autorité pour consultation éventuelle.

**Art. 13. Autres conditions minimales**

Sans préjudice des prescriptions fixées par l'autorité fédérale en matière de communication et de services de confiance électronique, le cas échéant aux fins d'application du règlement UE n° 910/2014, le Gouvernement peut déterminer d'autres conditions minimales auxquelles doit répondre une communication électronique pour bénéficier de l'assimilation mentionnée à l'article 3, § 2.

*Section 2 - Correspondance électronique***Art. 14. Principe**

Sans préjudice de dispositions légales, décrétales ou réglementaires contraires, un usager ne peut être contraint de poser un acte ou d'entrer en communication avec l'autorité par voie électronique.

**Art. 15. Communications à une autorité**

Une communication électronique à une autorité n'a d'effet juridique que si cette autorité a rendu public le fait qu'elle autorise l'usage de cette voie de communication.

L'autorité peut fixer des restrictions et des exigences techniques supplémentaires pour les communications électroniques.

**Art. 16. Correspondance entre l'utilisateur et l'autorité**

§ 1<sup>er</sup> - L'autorité peut communiquer avec un usager par voie électronique si les dispositions légales, décrétales ou réglementaires applicables ne prévoient pas explicitement l'utilisation de ce moyen de communication.

§ 2 - La transmission tant unilatérale que bilatérale de communications entre un usager et une autorité qui s'opère uniquement par voie électronique n'a d'effet juridique que si l'utilisateur a préalablement marqué son accord explicite quant à l'utilisation de ce moyen de communication.

Préalablement, l'autorité informe l'utilisateur de manière détaillée sur d'éventuelles démarches administratives et sur les conséquences juridiques de cet accord.

L'utilisateur peut en tout temps révoquer cet accord pour la correspondance future, et ce, sans justification.

Si pendant une correspondance électronique avec l'autorité, l'utilisateur rencontre des problèmes techniques, il peut dans ce cas communiquer avec elle par tout autre moyen en indiquant le problème, et ce, nonobstant l'accord mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

**Art. 17. Mesures techniques**

En tenant compte du contenu, de l'objectif et de la nature de la communication électronique, l'autorité prend toutes les mesures nécessaires pour :

- 1° assurer la sécurité des communications électroniques;
- 2° garantir la confidentialité, l'authenticité et la complétude des données échangées;



3° assurer la traçabilité des transferts de données;

4° garantir l'accessibilité.

### CHAPITRE 3. — *Communication électronique publique*

#### **Art. 18.** Clause européenne

Le présent chapitre transpose partiellement la directive (UE) 2016/2102 du Parlement européen et du Conseil du 26 octobre 2016 relative à l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles des organismes du secteur public.

#### **Art. 19.** Champ d'application

Le présent chapitre comprend les règles en vertu desquelles il convient de veiller à ce que les sites internet, quel que soit l'appareil utilisé pour y accéder, et les applications mobiles des autorités respectent les exigences en matière d'accessibilité énoncées à l'article 20.

Les dispositions du présent chapitre ne s'appliquent pas aux sites internet et applications mobiles qui :

1° proviennent de diffuseurs de service public et de leurs filiales ou d'autres organismes et de leurs filiales accomplissant une mission de diffusion de service public;

2° proviennent des organismes mentionnés à l'article 2, 1<sup>o</sup>, d), qui ne fournissent pas de services essentiels pour le public, ni de services répondant spécifiquement aux besoins des personnes dépendantes ou destinés à celles-ci, notamment ceux repris à l'article 3, 5<sup>o</sup>, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

Les dispositions du présent chapitre ne s'appliquent pas aux contenus des sites internet et applications mobiles suivants :

1° les formats de fichiers bureautiques publiés avant le 23 septembre 2018, sauf si ces contenus sont nécessaires pour les besoins de processus administratifs actifs concernant des tâches effectuées par l'autorité concernée;

2° les médias temporels préenregistrés publiés avant le 23 septembre 2020;

3° les médias temporels en direct;

4° les cartes et les services de cartographie en ligne, pour autant que les informations essentielles soient fournies sous une forme numérique accessible pour ce qui concerne les cartes destinées à la navigation;

5° les contenus de tiers qui ne sont ni financés ni développés par l'autorité concernée, et qui ne sont pas sous son contrôle;

6° les reproductions de pièces de collections patrimoniales qui ne peuvent être rendues totalement accessibles en raison :

a) de l'incompatibilité des exigences en matière d'accessibilité avec la préservation de la pièce concernée ou l'authenticité de la reproduction (p. ex., en termes de contraste);

b) de la non-disponibilité de solutions automatisées et économiques qui permettraient de transcrire facilement le texte de manuscrits ou d'autres pièces de collections patrimoniales et de le restituer sous la forme d'un contenu compatible avec les exigences en matière d'accessibilité;

7° le contenu d'extranets et d'intranets, à savoir de sites internet qui ne sont accessibles qu'à un groupe restreint de personnes et non au grand public, publié avant le 23 septembre 2019 jusqu'à ce que ces sites internet fassent l'objet d'une révision en profondeur;

8° le contenu des sites internet et applications mobiles qui sont considérés comme des archives, à savoir qu'ils ne présentent que des contenus qui ne sont pas nécessaires pour les besoins de processus administratifs actifs, ni mis à jour ou modifiés après le 23 septembre 2019.

#### **Art. 20.** Principe de l'accessibilité

Aux fins d'accessibilité, les sites internet et applications mobiles des autorités sont rendus perceptibles, utilisables, compréhensibles et robustes.

#### **Art. 21.** Charge disproportionnée

Les autorités appliquent les exigences en matière d'accessibilité conformément à l'article 20 dans la mesure où le respect de celles-ci aux fins dudit article ne leur impose pas une charge disproportionnée.

Afin d'évaluer dans quelle mesure le respect des exigences en matière d'accessibilité impose une charge disproportionnée, l'autorité tient compte notamment des circonstances suivantes :

1° la taille, les ressources et la nature de l'autorité concernée;

2° l'estimation des coûts et des avantages pour l'autorité concernée par rapport à l'avantage estimé pour les personnes dépendantes, compte tenu de la fréquence et de la durée d'utilisation du site internet ou de l'application mobile spécifique, selon le cas.

L'autorité concernée procède à l'évaluation initiale pour savoir dans quelle mesure le respect des exigences en matière d'accessibilité impose une charge disproportionnée.

Lorsqu'une autorité s'octroie la dérogation prévue dans le présent article pour un site internet ou une application mobile spécifique, elle explique, dans la déclaration visée à l'article 23, les parties des exigences en matière d'accessibilité qui ne pouvaient pas être respectées et, le cas échéant, elle présente les alternatives accessibles.

#### **Art. 22.** Présomption de conformité avec les exigences en matière d'accessibilité

§ 1<sup>er</sup> - Le contenu des sites internet et des applications mobiles conformes à des normes harmonisées ou à des parties de ces normes, rédigées en vertu de la directive européenne, est présumé conforme aux exigences en matière d'accessibilité conformément à l'article 20 qui sont couvertes par ces normes ou parties de normes.

§ 2 - Lorsqu'aucune référence aux normes harmonisées visées au § 1<sup>er</sup> n'a été publiée, le contenu des applications mobiles qui satisfait aux spécifications techniques ou à des parties de celles-ci, rédigées en vertu de la directive européenne et dont les références ont été publiées par la Commission européenne, conformément au règlement UE n° 1025/2012, au Journal officiel de l'Union européenne, est présumé conforme aux exigences en matière d'accessibilité énoncées à l'article 20 qui sont couvertes par ces spécifications techniques ou des parties de celles-ci.

§ 3 - Lorsqu'aucune référence aux normes harmonisées visées au § 1<sup>er</sup> n'a été publiée, le contenu des sites internet qui satisfait aux exigences pertinentes de la norme européenne EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) ou à des parties de celles-ci est présumé conforme aux exigences en matière d'accessibilité énoncées à l'article 20 qui sont couvertes par ces exigences pertinentes ou des parties de celles-ci.

Lorsqu'aucune référence aux normes harmonisées visées au § 1<sup>er</sup> du présent article n'a été publiée, et en l'absence des spécifications techniques visées au § 2, le contenu des applications mobiles qui satisfait aux exigences pertinentes de la norme européenne EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) ou à des parties de celles-ci est présumé conforme aux exigences en matière d'accessibilité énoncées à l'article 20 qui sont couvertes par ces exigences pertinentes ou des parties de celles-ci.

Si la Commission européenne adopte une norme mise à jour en vertu de la directive européenne, la référence à la norme européenne EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) doit être lue comme une référence à la norme actualisée.

#### **Art. 23.** Déclaration sur l'accessibilité

L'autorité fournit et met régulièrement à jour une déclaration sur l'accessibilité détaillée, complète et claire sur la conformité de ses sites internet et de ses applications mobiles avec le présent décret. Elle apporte, dans un délai raisonnable, une réponse adéquate aux communications ou demandes de l'utilisateur.

Cette déclaration sur l'accessibilité est :

1° pour les sites internet, fournie dans un format accessible et publiée sur le site internet pertinent;

2° pour les applications mobiles, fournie dans un format accessible et disponible sur le site internet de l'autorité qui a développé l'application mobile concernée, ou apparaît avec d'autres informations disponibles lors du téléchargement de l'application.

Cette déclaration sur l'accessibilité comprend :

1° une explication sur les parties du contenu qui ne sont pas accessibles et les raisons de cette inaccessibilité et, le cas échéant, une présentation des alternatives accessibles prévues;

2° la description d'un mécanisme de retour d'information et un lien vers ce mécanisme pour permettre à toute personne de notifier à l'autorité concernée toute absence de conformité de son site internet ou de son application mobile avec les exigences en matière d'accessibilité énoncées à l'article 20 et de demander les informations exclues en vertu de l'article 19, alinéa 2, et de l'article 21;

3° un lien avec la procédure permettant d'assurer le respect des dispositions, mentionnée à l'article 25, à laquelle il peut être recouru dans le cas où une réponse non satisfaisante est apportée à la notification ou à la demande.

L'autorité établit la déclaration sur l'accessibilité au moyen du modèle fixé en vertu de la directive européenne.

#### **Art. 24.** Contrôle

Le Gouvernement contrôle la conformité des sites internet et applications mobiles des autorités avec les exigences en matière d'accessibilité énoncées à l'article 20 sur la base de la méthode de contrôle prévue par la directive européenne.

Le Gouvernement transmet, pour information, les rapports de contrôle à l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

#### **Art. 25.** Procédure permettant d'assurer le respect des dispositions

L'autorité recourt à une procédure adéquate et efficace permettant d'assurer le respect du présent décret en ce qui concerne les exigences énoncées aux articles 20, 21 et 23.

### CHAPITRE 4. — *Dispositions finales*

#### **Art. 26.** Disposition modificative

Le chapitre II.1 du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone, qui comporte les articles 14.2 à 14.6, inséré par le décret du 25 avril 2016, est abrogé.

#### **Art. 27.** Disposition modificative

L'article 3 du décret du 26 mai 2009 instituant la fonction de médiateur pour la Communauté germanophone, modifié par les décrets des 14 février 2011 et 25 janvier 2016, est complété par un § 2.1 rédigé comme suit :

« § 2.1 - Dans le cadre du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique ou adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande, le médiateur vérifie :

1° les réclamations à l'encontre de communications ou demandes reçues dans le cadre du mécanisme de retour d'information visé à l'article 23, alinéa 3, 2°, du même décret;

2° les réclamations à l'encontre de l'évaluation énoncée à l'article 21 du même décret et menée pour savoir dans quelle mesure le respect des exigences en matière d'accessibilité impose une charge disproportionnée. »

#### **Art. 28.** Disposition modificative

L'article 36 du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée est remplacé par ce qui suit :

« Art. 36 - Communication électronique obligatoire

Par dérogation à l'article 14 du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique et adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande et sans préjudice de l'article 16, § 2, alinéa 4, du même décret, l'Office peut obliger les prestataires à communiquer avec lui par voie électronique. »

#### **Art. 29.** Disposition modificative

Les articles 37 à 40 du même décret sont abrogés.

#### **Art. 30.** Disposition transitoire

Les autorités appliquent les dispositions du chapitre 3 :

1° à partir du 23 septembre 2019 aux sites internet qui n'ont pas été créés avant le 23 septembre 2018;

2° à partir du 23 septembre 2020 à tous les sites internet qui ne relèvent pas du 1°;

3° à partir du 23 juin 2021 aux applications mobiles.

**Art. 31.** Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2019, à l'exception des articles 18 à 25, 27 et 30, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> septembre 2018.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 15 octobre 2018.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

Session 2018-2019

Documents parlementaires : 247 (2017-2018) n° 1 Projet de décret

247 (2018-2019) n° 2 Propositions d'amendement

247 (2018-2019) n° 3 Rapport

Compte rendu intégral : 15 octobre 2018 - n° 56 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2018/205558]

**15 OKTOBER 2018. — Decreet betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

**Artikel 1.** Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

**Art. 2.** Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° overheid :

a) de Duitstalige Gemeenschap;

b) de publiekrechtelijke instellingen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;

c) de gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn en overige territoriale entiteiten van het Duitse taalgebied;

d) iedere instelling, van welke aard en juridische vorm ook, die

- opgericht is met het specifieke doel te voorzien in behoeften van algemeen belang die niet van industriële of commerciële aard zijn, en

- rechtspersoonlijkheid heeft, en

- waarvan hetzij de activiteiten in hoofdzaak door de overheden of instellingen vermeld onder a), b) en c) worden gefinancierd, hetzij het beheer is onderworpen aan het toezicht door deze laatste, hetzij de meerderheid van de leden van het bestuursorgaan, het leidinggevend orgaan of het toezichthoudend orgaan door deze overheden of instellingen zijn aangewezen;

e) de verenigingen gevormd door één of meer onder a), b), c) of d) vermelde overheden;

2° mededeling of melding: elke informatie-overdracht die van de overheid uitgaat of die aan haar is gericht in het kader van haar bevoegdheden en die met name het gebruik van formulieren of elk ander document alsook de behandeling en de verspreiding van gegevens omvat;

3° formulier : elk gestructureerd document dat in het kader van een procedure gebruikt wordt en waarmee een externe gebruiker aanvragen richt aan de overheden of informatie met hen uitwisselt;

4° protocollingsgegevens : alle technische verbings- of verkeersgegevens die op de opslagmedia van de overheden opgeslagen worden;

5° elektronische handtekening : de elektronische handtekening overeenkomstig artikel 3, punt 10, van EU-verordening nr. 910/2014;

6° gekwalificeerde elektronische handtekening : een gekwalificeerde elektronische handtekening overeenkomstig artikel 3, punt 12, van EU-verordening nr. 910/2014;

7° gekwalificeerd elektronisch zegel : een gekwalificeerd elektronisch zegel overeenkomstig artikel 3, punt 27, van EU-verordening nr. 910/2014;

8° gekwalificeerde elektronische tijdstempel : een gekwalificeerde elektronische tijdstempel overeenkomstig artikel 3, punt 34, van EU-verordening nr. 910/2014;

9° gekwalificeerde dienst voor elektronisch aangetekende bezorging: een gekwalificeerde dienst voor elektronisch aangetekende bezorging overeenkomstig artikel 3, punt 37, van EU-verordening nr. 910/2014;

10° mobiele applicatie : toepassingssoftware die is ontworpen en ontwikkeld door of namens overheden met het oog op gebruik door het algemene publiek op mobiele toestellen zoals smartphones en tablets. Zij omvat niet de besturingssoftware van die toestellen (mobiele besturingssystemen) noch de hardware;

11° personen met ondersteuningsbehoefte : de personen vermeld in artikel 3, 3°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

12° toegankelijkheid : de barrièrevrijheid vermeld in artikel 3, 7°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

13° norm: een norm overeenkomstig artikel 2, punt 1), van EU-verordening nr. 1025/2012;

14° Europese norm: een Europese norm overeenkomstig artikel 2, punt 1), onder *b*), van EU-verordening nr. 1025/2012;

15° geharmoniseerde norm : een geharmoniseerde norm overeenkomstig artikel 2, punt 1), onder *c*), van EU-verordening nr. 1025/2012;

16° op tijd gebaseerde media : media van de volgende types: louter geluid, louter videobeeld, audio-video, audio en/of video in combinatie met interactie;

17° stukken uit erfgoedcollecties : in particulier of openbaar bezit zijnde goederen die van historisch, artistiek, archeologisch, esthetisch, wetenschappelijk of technisch belang zijn en deel uitmaken van verzamelingen die worden bewaard door culturele instellingen zoals bibliotheken, archieven en musea;

18° EU-verordening nr. 1025/2012 : de Verordening (EU) nr. 1025/2012 van het Europees Parlement en de Raad van 25 oktober 2012 betreffende Europese normalisatie, tot wijziging van de Richtlijnen 89/686/EEG en 93/15/EEG van de Raad alsmede de Richtlijnen 94/9/EG, 94/25/EG, 95/16/EG, 97/23/EG, 98/34/EG, 2004/22/EG, 2007/23/EG, 2009/23/EG en 2009/105/EG van het Europees Parlement en de Raad en tot intrekking van Beschikking 87/95/EEG van de Raad en Besluit nr. 1673/2006/EG van het Europees Parlement en de Raad;

19° EU-verordening nr. 910/2014: de Verordening (EU) nr. 910/2014 van het Europees Parlement en de Raad van 23 juli 2014 betreffende elektronische identificatie en vertrouwensdiensten voor elektronische transacties in de interne markt en tot intrekking van Richtlijn 1999/93/EG;

20° EU-richtlijn: de Richtlijn (EU) 2016/2102 van het Europees Parlement en de Raad van 26 oktober 2016 inzake de toegankelijkheid van de websites en mobiele applicaties van overheidsinstanties.

## HOOFDSTUK 2. — *Niet-openbare elektronische communicatie*

### *Afdeling 1 - Rechtskracht van elektronische mededelingen*

#### **Art. 3.** Beginselen

§ 1 - De rechtskracht van een mededeling kan niet aangevochten worden op de grond dat het om een elektronische mededeling gaat.

Het eerste lid is alleen van toepassing als voldaan is aan de volgende voorwaarden :

1° de voorwaarden vermeld in artikel 3, § 2, tweede lid, betreffende de technieken die voor elektronische mededelingen gebruikt kunnen worden;

2° de minimumeisen bepaald in de artikelen 4 tot 12;

3° de eisen die de Regering in voorkomend geval op grond van artikel 13 heeft bepaald;

4° de technische eisen die op grond van artikel 15, tweede lid, zijn bepaald;

5° de voorwaarden in verband met de toestemming van de betrokken overheden en gebruikers overeenkomstig artikel 16;

6° de maatregelen die de overheid moet nemen overeenkomstig artikel 17.

§ 2 - Elke wettelijk, decretaal of reglementair voorgeschreven vormvereiste voor een mededeling wordt geacht via elektronische weg vervuld te zijn als de doelmatige eigenschappen van dat vormvereiste bewaard zijn overeenkomstig de minimumeisen gesteld in dit hoofdstuk.

De overheid bepaalt één of meer technieken die voor elektronische mededelingen gebruikt kunnen worden. Die zijn objectief, transparant, evenredig en niet-discriminerend. Daarbij wordt rekening gehouden met de samenhang en het doel van de informatie waarop de vormvereisten van toepassing zijn, alsook met alle desbetreffende omstandigheden.

#### **Art. 4.** Formulieren

Behoorlijk ingevulde, door de overheid geldig verklaarde en overgezonden elektronische formulieren met eventuele bijlagen worden gelijkgesteld met behoorlijk ingevulde, ondertekende en aan de betrokken overheid overgezonden papieren formulieren die dezelfde doelstelling hebben.

#### **Art. 5.** Papiervorm

Het vereiste van een document in papiervorm of op een duurzame gegevensdrager wordt vervuld door elk middel dat, enerzijds, de overheid of de gebruiker toestaat om informatie zo op te slaan dat ze later voor een aan de doeleinden van de informatie aangepaste duur kan worden ingezien en dat, anderzijds, de mogelijkheid biedt de opgeslagen informatie in onveranderde vorm te reproduceren.

#### **Art. 6.** Handtekening

Indien één of meer handtekeningen of parafen vereist worden voor de validatie van een formulier, van een document dat erbij gevoegd is of van elk ander document vereist in het kader van een elektronische mededeling wordt aan die vereiste voldaan :

1° door gebruik te maken van een gekwalificeerde elektronische handtekening;

2° via elke andere, door de overheid erkende en gevalideerde techniek die de authenticiteit van de herkomst, de instemming met de inhoud en het behoud van de integriteit van de in het document vervatte informatie waarborgt.

**Art. 7. Zegel en stempel**

Het vereiste van een zegel of stempel op een document wordt vervuld :

1° door gebruik te maken van een gekwalificeerd elektronisch zegel;

2° via een elektronische handtekening overeenkomstig artikel 6 die wordt aangebracht onder toezicht van de rechtspersoon die houder is van de zegel of van diens vertegenwoordiger.

**Art. 8. Aangetekende verzendingen**

Het vereiste inzake aangetekende verzending wordt vervuld :

1° via een elektronische verzending die bezorgd wordt door een gekwalificeerde dienst voor de bezorging van elektronische verzendingen;

2° via elke techniek voor aangetekende elektronische verzending die voldoet aan de voorwaarden bepaald door de Regering.

**Art. 9. Tijdstempel**

Het vereiste van een tijdstempel op een document wordt vervuld :

1° door gebruik te maken van een gekwalificeerde elektronische tijdstempel;

2° via elke andere, door de overheid erkende en gevalideerde techniek die de juistheid van de datum en de tijd, alsook de integriteit van de met de datum en de tijd verbonden gegevens waarborgt.

**Art. 10. Vermeldingen**

Het vereiste van handgeschreven vermeldingen wordt vervuld via elke door de overheid erkende en gevalideerde techniek die waarborgt dat degene die een verplichting aangaat, met dezelfde werkzaamheid attent werd gemaakt op de draagwijdte van zijn verplichting.

Als handgeschreven vermeldingen worden beschouwd : de vermelding 'gelezen en goedgekeurd', alsook elke andere handgeschreven vermelding die de aandacht van de ondertekenaar kan trekken.

**Art. 11. Exemplaren**

Het vereiste van de verzending in verschillende exemplaren wordt vervuld zodra de stukken via elektronische weg zijn overgezonden, met inachtneming van de door de overheid bepaalde modaliteiten, voor zover de gebruikte techniek de mogelijkheid biedt de informatie die in het document staat te behouden, met inachtneming van de functies van integriteit en duurzaamheid, waarbij elke zendende en ontvangende partij de stukken kan inzien en ongewijzigd kan reproduceren.

**Art. 12. Overzending**

§ 1 - Indien wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen een postverzending aan een bepaald adres voorschrijven, geldt een formulier ook dan als behoorlijk ingediend als het met inachtneming van de in hoofdstuk 2 gestelde voorwaarden en met inachtneming van alle andere voor elk elektronisch formulier voorgeschreven verzendingsmodaliteiten elektronisch overgezonden werd aan de bevoegde overheid.

Indien aan de gebruiker een registratiebevestiging moet worden overgezonden, zijn de bevestiging en de protocollingsgegevens die in het bezit van de overheid zijn doorslaggevend voor de technische ontvangst van het formulier en de bijgevoegde stukken, alsook voor het tijdstip van de ontvangst en voor de inhoud van de overgezonden informatie tot het tegendeel is bewezen.

§ 2 - Onverminderd het recht van elke overheid om, indien nodig en vóór de besluitvorming, van de gebruiker te eisen dat hij een afdruk van de originele gegevens verzendt, kunnen de bij een formulier gevoegde bewijsstukken elektronisch overgezonden worden.

Indien het niet mogelijk is een door de overheid erkend en gevalideerd, als origineel geldend elektronisch stuk over te zenden, mag de gebruiker een elektronische versie verzenden die een kopie van het originele stuk is. In dat geval voegt de gebruiker bij die elektronische versie een verklaring op erewoord waaruit blijkt dat hij in het bezit is van het originele stuk dat hij ter beschikking houdt van de overheid zodat deze het origineel eventueel kan inzien.

**Art. 13. Andere minimumeisen**

Onverminderd de voorschriften die de federale overheid heeft vastgesteld met betrekking tot elektronische communicatie en elektronische vertrouwensdiensten, al dan niet ter uitvoering van verordening (EU) nr. 910/2014, kan de Regering bijkomende minimumeisen bepalen waaraan een elektronische mededeling moet voldoen om in aanmerking te komen voor de gelijkstelling vermeld in artikel 3, § 2.

*Afdeling 2 - Elektronische correspondentie***Art. 14. Beginsel**

Onverminderd andersluidende wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen kan een gebruiker niet ertoe verplicht worden een akte elektronisch te verzenden of elektronisch te communiceren met een overheid.

**Art. 15. Mededelingen aan een overheid**

Een elektronische mededeling aan een overheid is alleen rechtsgeldig als die overheid vooraf bekendgemaakt heeft dat ze het gebruik van dat communicatiemiddel aanvaardt.

De overheid kan beperkingen en aanvullende technische eisen voor elektronische mededelingen bepalen.

**Art. 16. Correspondentie tussen gebruiker en overheid**

§ 1 - De overheid kan met een gebruiker ook dan elektronisch communiceren indien de toepasselijke wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen niet uitdrukkelijk in het gebruik van dat communicatiemiddel voorzien.

§ 2 - De zowel eenzijdige als wederzijdse overzending van mededelingen tussen een gebruiker en een overheid die via elektronische weg plaatsvindt, is alleen rechtsgeldig indien de gebruiker vooraf uitdrukkelijk toestemming heeft gegeven om dat communicatiemiddel te gebruiken.

De overheid deelt de gebruiker vooraf gedetailleerd mee welke administratieve stappen eventueel moeten worden ondernomen en welke juridische gevolgen zijn toestemming heeft.

De gebruiker kan zijn toestemming te allen tijde en zonder motivering intrekken voor de toekomstige correspondentie.

Indien de gebruiker technische problemen ondervindt bij de elektronische correspondentie met de overheid, kan hij, ongeacht de toestemming vermeld in het eerste lid, met verwijzing naar die problemen, op elke andere toegestane manier met de overheid communiceren.

#### **Art. 17.** Technische maatregelen

De overheid neemt met inachtneming van de inhoud, het doel en de aard van de elektronische mededeling alle noodzakelijke maatregelen om:

- 1° de veiligheid van de elektronische mededelingen te waarborgen;
- 2° de vertrouwelijkheid, authenticiteit en volledigheid van de uitgewisselde gegevens te waarborgen;
- 3° de traceerbaarheid van het dataverkeer te waarborgen;
- 4° de toegankelijkheid te waarborgen.

### HOOFDSTUK 3. — *Openbare elektronische communicatie*

#### **Art. 18.** Europese clausule

Dit hoofdstuk voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn (EU) 2016/2102 van het Europees Parlement en de Raad van 26 oktober 2016 inzake de toegankelijkheid van de websites en mobiele applicaties van overheidsinstanties.

#### **Art. 19.** Toepassingsgebied

Dit hoofdstuk bevat de regels die overheden ertoe verplichten om ervoor te zorgen dat hun websites, ongeacht het voor de toegang gebruikte apparaat, en hun mobiele applicaties aan de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen voldoen.

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn niet van toepassing op websites en mobiele applicaties van :

1° publieke omroepen en hun dochterondernemingen of andere lichamen en hun dochterondernemingen die een publieke omroepaak vervullen;

2° de in artikel 2, 1°, *d*), vermelde instellingen die geen diensten verstrekken die essentieel zijn voor het publiek, noch diensten die specifiek gericht zijn op de behoeften van of bedoeld zijn voor personen met ondersteuningsbehoefte, in het bijzonder die vermeld in artikel 3, 5°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn niet van toepassing op de volgende content van websites en mobiele applicaties :

1° kantoorbestandsformaten die zijn gepubliceerd vóór 23 september 2018, tenzij dergelijke content nodig is voor actieve administratieve processen met betrekking tot de door de betrokken overheid vervulde taken;

2° vooraf opgenomen, op tijd gebaseerde media die zijn gepubliceerd vóór 23 september 2020;

3° live uitgezonden, op tijd gebaseerde media;

4° onlinekaarten en onlinekarteringsdiensten, voor zover essentiële informatie op een toegankelijke, digitale wijze wordt verstrekt in het geval van voor navigatie bestemde kaarten;

5° van derden afkomstige content die niet door de betrokken overheid wordt gefinancierd of ontwikkeld en evenmin onder haar gezag staat;

6° reproducties van stukken uit erfgoedcollecties die niet volledig toegankelijk kunnen worden gemaakt omwille van :

*a*) de onverenigbaarheid van de toegankelijkheidseisen met de bewaring van het betrokken stuk of de authenticiteit van de reproductie (bijvoorbeeld contrast), dan wel

*b*) het ontbreken van geautomatiseerde en kostenefficiënte oplossingen waarmee de tekst van manuscripten of andere stukken uit erfgoedcollecties gemakkelijk zou kunnen worden geëxtraheerd en omgezet naar content die met de toegankelijkheidseisen strookt;

7° content van extranetten en intranetten, te weten websites die enkel beschikbaar zijn voor een beperkt aantal personen, en niet voor het algemene publiek als zodanig, die is gepubliceerd vóór 23 september 2019, tot dergelijke websites een ingrijpende herziening ondergaan;

8° content van websites en mobiele applicaties die als archieven kunnen worden aangemerkt, wat betekent dat zij enkel content bevatten die niet noodzakelijk is voor actieve administratieve processen en die niet wordt bijgewerkt of aangepast na 23 september 2019.

#### **Art. 20.** Toegankelijkheidsbeginsel

De websites en mobiele applicaties van de overheden worden waarneembaar, bedienbaar, begrijpelijk en robuust ontworpen om ze toegankelijk te maken.

#### **Art. 21.** Onevenredige last

De overheid past de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen toe, voor zover die eisen voor de toepassing van dat artikel geen onevenredige last voor de overheid met zich meebrengen.

Om na te gaan in hoeverre de naleving van de toegankelijkheidseisen een onevenredige last met zich meebrengt, houdt de overheid in het bijzonder rekening met de volgende relevante omstandigheden :

1° de omvang, de middelen en de aard van de betrokken overheid;

2° de geraamde kosten en baten voor de betrokken overheid in verhouding tot de geraamde voordelen voor personen met ondersteuningsbehoefte, rekening houdend met de frequentie en de duur van het gebruik van de specifieke website of mobiele applicatie.

De betrokken overheid voert de initiële beoordeling uit van de mate waarin de naleving van de toegankelijkheidseisen een onevenredige last met zich meebrengt.

Indien een overheid voor een specifieke website of mobiele applicatie gebruik maakt van de uitzondering waarin dit artikel voorziet, dan legt zij in de in artikel 23 vermelde verklaring uit aan welke delen van de toegankelijkheidseisen niet kon worden voldaan en voorziet zij in voorkomend geval in toegankelijke alternatieven.

**Art. 22.** Vermoeden van conformiteit met de toegankelijkheidseisen

§ 1 - De content van websites en mobiele applicaties die voldoet aan de op grond van de EU-richtlijn opgestelde geharmoniseerde normen of delen daarvan, wordt vermoed conform te zijn met de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen die door die normen, of door delen daarvan, worden gedekt.

§ 2 - Indien geen referenties van in § 1 bedoelde geharmoniseerde normen zijn bekendgemaakt, wordt de op grond van de EU-richtlijn opgestelde content van mobiele applicaties die conform is met technische specificaties of delen daarvan, waarvan de referenties in overeenstemming met verordening (EU) nr. 1025/2012 door de Commissie bekendgemaakt zijn in het Publicatieblad van de Europese Unie, vermoed conform te zijn met de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen die door die technische specificaties of door delen daarvan worden gedekt.

§ 3 - Indien geen referenties van in § 1 bedoelde geharmoniseerde normen zijn bekendgemaakt, wordt de content van websites die voldoet aan de desbetreffende eisen van Europese norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04), of delen daarvan, vermoed conform te zijn met de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen die door de desbetreffende eisen, of delen daarvan, worden gedekt.

Indien geen referenties van de in § 1 bedoelde geharmoniseerde normen zijn bekendgemaakt, en bij ontstentenis van de in § 2 bedoelde technische specificaties, wordt de content van mobiele applicaties die voldoet aan de desbetreffende eisen van Europese norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04), of delen daarvan, vermoed conform te zijn met de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen die door de desbetreffende eisen, of delen daarvan, worden gedekt.

Indien de Europese Commissie overeenkomstig de EU-richtlijn een geactualiseerde norm vaststelt, moet de verwijzing naar de Europese norm EN 301 549 V1.1.2 (2015-04) worden gelezen als een verwijzing naar de geactualiseerde norm.

**Art. 23.** Toegankelijkheidsverklaring

De overheid verstrekt een gedetailleerde, alomvattende en duidelijke toegankelijkheidsverklaring over de conformiteit van haar websites en mobiele applicaties met dit decreet en werkt die verklaring regelmatig bij. Ze geeft binnen een redelijke termijn een adequaat antwoord op meldingen of verzoeken van de gebruiker.

De toegankelijkheidsverklaring wordt :

1° voor websites in een toegankelijk formaat verstrekt en op de desbetreffende website gepubliceerd;

2° voor mobiele applicaties in een toegankelijk formaat verstrekt en op de website van de overheid die de betrokken mobiele applicatie heeft ontwikkeld, of samen met andere informatie bij het downloaden van de applicatie beschikbaar gemaakt.

De toegankelijkheidsverklaring omvat :

1° een toelichting over de delen van de content die niet toegankelijk zijn, de redenen daarvoor, en in voorkomend geval, de toegankelijke alternatieven waarin is voorzien;

2° een beschrijving van, en een link naar, een feedbackmechanisme dat de gebruiker in staat stelt om bij de betrokken overheid melding te maken van eventuele niet-naleving op haar website of mobiele applicatie van de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen, en om de overeenkomstig artikel 19, tweede lid, en artikel 21 uitgesloten informatie op te vragen;

3° een link naar de in artikel 25 vermelde handhavingsprocedure, die kan worden toegepast in geval van een onbevredigend antwoord op de melding of het verzoek.

De overheid stelt de toegankelijkheidsverklaring op aan de hand van de modelverklaring die op grond van de EU-richtlijn wordt vastgelegd.

**Art. 24.** Toezicht

De Regering houdt toezicht op de mate waarin websites en mobiele applicaties van de overheden voldoen aan de in artikel 20 vermelde toegankelijkheidseisen. Ze maakt daarbij gebruik van de in de EU-richtlijn bedoelde toezichtmethodiek.

De Regering zendt de toezichtverslagen ter informatie over aan de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

**Art. 25.** Handhavingsprocedure

De overheid stelt een adequate en doeltreffende handhavingsprocedure in om te waarborgen dat dit decreet wordt nageleefd wat de eisen in artikel 20, artikel 21 en artikel 23 betreft.

HOOFDSTUK 4. — *Slotbepalingen*

**Art. 26.** Wijzigingsbepaling

Hoofdstuk II.1 van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, dat de artikelen 14.2 tot 14.6 omvat, ingevoegd bij het decreet van 25 april 2016, wordt opgeheven.

**Art. 27.** Wijzigingsbepaling

In artikel 3 van het decreet van 26 mei 2009 tot instelling van het ambt van ombudsman voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 14 februari 2011 en 25 januari 2016, wordt een § 2.1 ingevoegd, luidende :

“ § 2.1 - In het kader van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied toetst de ombudsman :

1° klachten tegen meldingen of verzoeken in het kader van het feedbackmechanisme bedoeld in artikel 23, derde lid, 2°, van hetzelfde decreet;

2° klachten tegen de beoordeling overeenkomstig artikel 21 van hetzelfde decreet, van de mate waarin de naleving van de toegankelijkheidseisen een onevenredige last met zich meebrengt.”

**Art. 28.** Wijzigingsbepaling

Artikel 36 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt vervangen als volgt :

"Art. 36 - Verplichte elektronische communicatie

In afwijking van artikel 14 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied en onverminderd artikel 16, § 2, vierde lid, van hetzelfde decreet kan de Dienst de dienstverrichters ertoe verplichten elektronisch met hem te communiceren."

**Art. 29.** Wijzigingsbepaling

De artikelen 37 tot 40 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

**Art. 30.** Overgangsbepaling

De overheden passen de bepalingen van hoofdstuk 3 toe :

1° op niet voor 23 september 2018 openbaar gemaakte websites : vanaf 23 september 2019;

2° op alle websites die niet onder 1° vallen : vanaf 23 september 2020;

3° op mobiele applicaties: vanaf 23 juni 2021.

**Art. 31.** Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2019, met uitzondering van de artikelen 18 tot 25, 27 en 30, die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2018.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 15 oktober 2018.

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Zitting 2018-2019

Parlementaire stukken: 247 (2017-2018) Nr. 1 Ontwerp van decreet

247 (2018-2019) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

247 (2018-2019) Nr. 3 Verslag

Integraal verslag: 15 oktober 2018 - Nr. 56 Bespreking en aanneming

---

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/205320]

**30. AUGUST 2018 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, Artikel 7 § 7 Nummer 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe;

Aufgrund des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 16. Mai 2018;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 4. Juni 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 7. Juni 2018;

Aufgrund des Gutachtens 63.817/2/V des Staatsrates, das am 6. August 2018 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrats vom 24. April 2018;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - In Artikel 6 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 4. Juni 2009 zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen für mittelständische Lehrlinge und Ausbildungsbetriebe wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 können Lehrverträge mit Kandidaten abgeschlossen werden, die älter als 29 Jahre sind, insofern die Kandidaten nachweisen, dass:

1. sie mit Beginn der Lehre die Bedingungen erfüllen, um mindestens eine der folgenden Leistungen zu beziehen:

a) Arbeitslosenunterstützung des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung;

b) Berufseingliederungsgeld des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung;

c) Eingliederungseinkommens eines Öffentlichen Sozialhilfezentrums;